



## **Alternativantrag**

der Fraktionen von **CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP**  
zu Drucksache **19/734**

### **Bürgerinnen und Bürger sowie Verwaltung von Bürokratie entlasten**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, nach Abschluss des Pilotprojekts zum Amtsveranlagungsverfahren in Mecklenburg-Vorpommern eine Bewertung vorzunehmen und dem Finanzausschuss zu berichten, ob das Verfahren auch in Schleswig-Holstein sinnvoll umgesetzt werden kann. Dabei soll auch geprüft werden, ob Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer deren Werbungskosten unter dem Werbungskostenpauschbetrag liegen, mit einbezogen werden können.

Nachteile für Rentnerinnen und Rentner sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind dabei zwingend zu vermeiden. Dies gilt insbesondere im Zusammenhang mit der Berücksichtigung von nicht elektronisch zur Verfügung stehenden steuermindernden Sachverhalten, die im Rahmen des Sonderausgabenabzugs, der außergewöhnlichen Belastung oder sonstigen Steuerermäßigungen, wie z. B. haushaltsnahen Dienstleistungen geltend gemacht werden können.

Ole-Christopher Plambeck  
und Fraktion

Lasse Petersdotter  
und Fraktion

Annabell Krämer  
und Fraktion